

Der Nachfolger von Kardinal Marx an der Spitze der deutschen Bischöfe heißt Georg Bätzing. Weil der 58-Jährige kein Italienisch spricht, kann der neue oberste deutsche Katholik nur schwer mit dem Vatikan kommunizieren.

VON PAUL KREINER

MAINZ. Die Badewanne – bisher war sie es, für die das Bistum Limburg überregional bekannt war. Auch wenn die Edelwanne von Protzbischof Franz-Peter Tebartz-van Elst längst eingemottet ist in einem Abstellraum und das bischöfliche Luxus-Palais in Limburg, in welches Tebartz-van Elst einst 31 Millionen Euro gesteckt haben soll, zum Museum umgebaut wurde. Das mit der bloßen Bekanntheit durch die Badewanne dürfte sich jetzt aber schnell ändern: Der amtierende Bischof von Limburg, Georg Bätzing, wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt.

Bätzing hat als Tebartz-van Elst-Nachfolger aufgeräumt in Limburg und offenbar so überzeugend Ordnung geschaffen in seinem eigenen Haus, dass ihn seine 68 Amtsbrüder zu ihrem Vorsitzenden gemacht haben. Er folgt in dieser Funktion auf den Münchner Kardinal Reinhard Marx und wird zunächst sechs Jahre im Amt sein. Zur Badewanne sagt Bätzing in seiner ersten Pressekonferenz gleich nach der Wahl: Die „Limburger Krise“ sei auch das „Resultat mangelnder Beschwerdeverfahren“ gegen Bischöfe. Deshalb werde er sich dafür einsetzen, dass es in der deutschen katholischen Kirche bald eine Verwaltungsgerichtsbarkeit gebe. Die absolute, unantastbare Herrschaft von Bischöfen, heißt das, geht dem Ende entgegen.

„Wir müssen in Verantwortung für die Gesellschaft und das Evangelium viel mehr und enger zusammenrücken.“

Georg Bätzing
Vorsitzender der Bischofskonferenz

Georg Bätzing, der im April 59 Jahre alt wird, gehört nicht nur zur jüngeren Generation der deutschen katholischen Bischöfe, sondern auch zu denen unter ihnen, deren Geduld mit einer unbeweglichen Kirche zunehmend schwindet und die sich eindeutig für Reformen einsetzen. Dass er sich Lockerungen beim priesterlichen Pflichtzölibat vorstellen kann, dass er Öffnungen bei einer Sexuallehre will, die von den Menschen heute nur als Verbotsmoral und nicht mehr als Orientierungswissen wahrgenommen werde, hat Bätzing schon vielfach deutlich gemacht. Und jetzt, bei seinem ersten Auftreten als Vorsitzender, spricht er gänzlich unerschrocken auch aus, was konservative Kollegen gar nicht gerne hören. Bätzing sagt, selbst wenn Papst Franziskus zu manchen Themen – etwa den verheirateten Priestern – keine Position beziehe, „dann heißt das nicht, dass wir das nicht tun könnten“.

Ersttaunlich schnell waren die Bischöfe bei ihrer Versammlung in Mainz fertig mit der Suche eines neuen Vorsitzenden. „Nicht wesentlich mehr als zwei Wahlgänge“ hätten sie gebraucht, sagt Bätzing. Das ist angesichts des Gegeneinanders der Konservativen um den Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki und der liberalen Mehrheit bemerkenswert. Das heißt aber auch, dass Bätzing keine Zweidrittelmehrheit bekommen hat, sondern nur zwischen 51 und 65 Prozent. Für den Chef einer politischen Partei wäre das tendenziell ein Misstrauensvotum.

Dass es in der Bischofskonferenz an „Gemeinsamkeit“ fehle, spricht Bätzing ungeschönt an. Aber zum Vermitteln ist er auch gewählt worden – nach dem dominanten Reinhard Marx war ein Teamplayer gesucht.

Der Neue

Georg Bätzing zum Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz gewählt



Georg Bätzing ist neuer Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Dieses Bild zeigt ihn im September 2019 in Limburg. Foto: KNA/Harald Oppitz

„Zuhören“ wolle er, sagt Bätzing: „Wir müssen in Verantwortung für die Gesellschaft und das Evangelium viel mehr und enger zusammenrücken.“

Zuhören, versöhnen, Stürme beruhigen und Kehrtwenden einleiten musste Bätzing schon in der eigenen Diözese, die nicht nur wegen Tebartz-van Elst zerklüftet war. Es hat sich herausgestellt, dass der frühere Limburger Bischof Franz Kamphaus, den man wegen seines sozialen Engagements, wegen seines Kampfes für Menschenrechte und gegen die römische Hierarchie so bewunderte, auch Missbrauchs-Priester gedeckt hat: durch Vertuschung, durch Versetzung, durch die Verweigerung eines Gesprächs mit Opfern.

Anders als seine hauptsächlich genannten Mitbewerber für die Spitze der Bischofskonferenz kommt Bätzing nicht aus der beim Platzieren von Oberhirten durchaus fruchtbaren Kölner Schule des früheren Kardinals Joachim Meisner und seines Nachfolgers Woelki. Bätzing stammt aus Trier; unter Reinhard Marx, der seinerzeit Bischof dort war, leitete er das Priesterseminar – kennt sich also auch in der Ausbildung von Seelsorgern ganz praktisch aus – und organisierte in Marx' Auftrag auch die populäre Wallfahrt zum Heiligen Rock, die 2012 etwa 550 000 Pilger anzog. So freute sich Marx denn auch über Bätzings Wahl zu seinem Nachfolger: Viel musste er dazu nicht sagen. Nur das: „Georg, jetzt bist du dran.“

Bätzing seinerseits wird Marx schon noch brauchen. Denn ein Kriterium erfüllt er nicht, das eigentlich zur Pflicht in seinem neuen Amt gehört: Da er im Gegensatz zu etlichen Amtsbrüdern nicht in Rom studiert oder gearbeitet hat, spricht Bätzing kein Italienisch und gibt auch freimütig zu, er sei „nicht kurienaffin und kurienbewandert“.

Angesichts der zahlreichen Verständigungsprobleme mit dem Vatikan, gerade was den Synodalen Weg und damit die deutschen Diskussionen über Kirchenreformen betrifft, ist das ein Manko, und Bätzing sieht das auch. Er hoffe auf „Unterstützung derer, die den Laden kennen“, sagt er. Wen er meint, lässt er diplomatisch weise offen. Er könnte an Marx denken, den Papst Franziskus ja auf

Stichwort

Die Bischofskonferenz

- **Organisation** Der Papst ist das Oberhaupt der katholischen Kirche. Ihm unterstehen die Erzbischöfe und Bischöfe. Auf der unteren Organisationsebene sind Pfarrer und Kirchengemeinden angesiedelt.
- **Bischofskonferenz** Die Deutsche Bischofskonferenz ist der Zusammenschluss der 27 Diözesen und das höchste Gremium der Katholiken in Deutschland. Ihr gehören sämtliche Ortsbischöfe, Weihbischöfe und Diözesanadministratoren der deutschen Bistümer an. Der neue Vorsitzende, der Limburger Bischof Georg Bätzing, kann den übrigen Bischöfen keine Weisungen erteilen, er gilt dennoch als Repräsentant der rund 23 Millionen deutschen Katholiken in der Öffentlichkeit.
- **Geschichte** Zur ersten Konferenz hatten die Bischöfe sich 1848 in Würzburg getroffen. Die Fuldaer Bischofskonferenz entstand 1867 als feste Einrichtung. Kirchenrechtlich verankert ist sie allerdings erst seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, das von 1962 bis 1965 dauerte. (dpa/epd)



Reinhard Marx (li.) gratuliert seinem Nachfolger Georg Bätzing. Foto: epd/Michael Schick

Dauer in seinen engsten Beraterkreis aufgenommen hat, oder auch Kardinal Woelki, der gelegentlich, gefragt oder ungefragt, eine ganz andere Version vom Zustand der deutschen Kirche nach Rom berichtet.

Intern wartet derweil schon eine Riesenaufgabe des Ausgleichs und der Integration auf Bätzing. Diskutieren will die Bischofsversammlung diesen Mittwoch über die neue Form und die neue Höhe der finanziellen Entschädigung für Missbrauchsoffer.

Einvernehmliche Lösung für Missbrauchsentschädigungen?

Bisher werden „in Anerkennung zugefügten Leids“, aber ohne Schuldeingeständnis, maximal 5000 Euro pro Person bezahlt. Eine von der Bischofskonferenz vergangenes Jahr eingesetzte Expertenrunde und Opferverbände selbst verlangen Summen von 300 000, in Einzelfällen gar von 400 000 Euro. Der Widerstand gegen solche Beträge ist unter den Bischöfen nicht weniger groß als der Unterschied in der Finanzkraft der Diözesen und Ordensgemeinschaften.

Währenddessen werfen Opfer-Sprecher wie Matthias Katsch der Kirche immer erbitterter vor, sich um Zahlungen überhaupt zu drücken. „Ich hoffe, dass wir zu einer einvernehmlichen Entscheidung kommen“, sagt Bätzing. Mehr will er an seinem ersten Amtstag der Diskussion nicht vorgreifen. Lieber nicht.

Und übrigens: In Limburg wohnt Bätzing nicht auf dem Domborg, wie es sein Vorgänger Tebartz-van Elst für sich selbst so schön geplant hatte. Er hat ein kleineres Einfamilienhaus in der Stadt bezogen. Fußläufige Entfernung zum Büro: fünfzehn Minuten nach offiziellen Angaben.

Der erschwerte Weg zur Abtreibung

Warum es in Baden-Württemberg immer weniger Ärzte gibt, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen

VON REGINE WARTH
UND HANNA SPANHEL

STUTTGART. Erst tags zuvor saß eine Klientin in der Stuttgarter Beratungsstelle von Pro Familia: eine Mutter von zwei Kindern – das eine in der Grundschule, das andere in der Kita. Sie selbst hat nach langer Arbeitssuche wieder einen Job in Teilzeit bekommen. „Jetzt ist sie wieder schwanger geworden, ungewollt – und weiß nicht, wie sie sich noch um ein drittes Kind kümmern soll“, erzählt Sozialarbeiterin Antje Teborg. Als die Frau ihren Frauenarzt auf die Möglichkeit einer Abtreibung ansprach, habe der ihr nicht geholfen. „Stattdessen wurde ihr gesagt: So etwas mache er nicht!“

Tatsächlich führen immer weniger Mediziner die Eingriffe durch – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit. Ihre Zahl ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2003 bis 2018 um rund 40 Prozent gesunken, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche dagegen ist in diesem Zeitraum um nur 21 Prozent zurückgegangen.

In Stuttgart sei die Versorgung zwar noch einigermaßen gut, sagt die Leiterin der Pro-Familia-Geschäftsstelle in der Landes-

hauptstadt, Marion Janke. So gebe es noch drei Ärzte, die zumindest ein paar Termine anbieten. Auch können Frauen in eine Praxis im Umland verwiesen werden, die sich auf Schwangerschaftsabbrüche spezialisiert hat. „Aber wenn Frauen aus dem Schwarzwald oder Donau-Alb-Kreis Hilfe benötigen, dann müssen sie lange nach einem Arzt suchen“, sagt Janke. „Im Vergleich zur Situation von vor zehn Jahren gibt es deutlich weniger Möglichkeiten.“

Wie angespannt die Situation ist, merkt auch eine Frauenärztin mit eigener Praxis im Süden Baden-Württembergs. Weil sie eine der wenigen Ärztinnen in ihrer Region ist, die Schwangerschaftsabbrüche durchführt, kommen Patientinnen aus dem Schwarzwald oder der Bodensee-Region zu ihr – und nehmen dafür mitunter weite Strecken auf sich. „Das ist nicht schön nach so einer Operation“, sagt die Ärztin. Zumal auch die Seele unter einem solchen Eingriff leidet: „So ein Abbruch ist ja für niemanden leicht.“ Heute führt sie in ihrer Praxis etwa einmal die Woche einen Abbruch durch. Weil sie selbst davon überzeugt ist, dass Frauen die Entscheidung über diesen Eingriff selbstbestimmt treffen.

Einen vollständigen Überblick darüber, wie viel Ärzte in Deutschland an welchen Orten Schwangerschaftsabbrüche durchführen, gibt es nicht. Dabei sind klare, gesetzliche Vorgaben durchaus vorhanden. Laut dem Schwangerschaftskonfliktgesetz



„Frauen können selbst einschätzen, ob sie für ihre Entscheidungen Rat brauchen oder nicht.“

Cornelia Möhring
Sitzt für die Linke im Bundestag

müssen die Bundesländer ein ausreichendes Angebot an Praxen und Kliniken für Abbrüche sicherstellen. Der Bundestag hat unlängst ein Gesetz „zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch“ beschlossen, das im vergangenen Frühjahr in Kraft getreten ist. Doch valide Daten über die Versorgungsdichte von Ärzten, die Abtreibungen vornehmen, liegen nur für rund die Hälfte der Bundesländer vor – in Baden-Württemberg werden die Daten

nicht offiziell erfasst. Laut einer aktuellen Übersicht von Pro Familia sind es noch etwa 72 Mediziner im Land. In 14 der 44 Kreise gibt es allerdings keinen Arzt für Abbrüche.

Markus Haist, Vorstandsmitglied der Landesärztekammer und Landesvorsitzender des Berufsverbands der Frauenärzte, ist das bewusst: „Schwangerschaftsabbrüche sind immer noch ein gesellschaftliches Tabuthema“, sagt er. Zwar ist es gesetzlich erlaubt, einen Abbruch vorzunehmen. Jedenfalls dann, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach Empfängnis durchgeführt wird und sich die Frauenärztin, die den Eingriff durchführt, nicht gegen den Willen der Frau zuweilen – etwa wenn diese trotz des Verbots auf ihren Internetseiten darüber informieren, dass sie Abbrüche vornehmen. Erst Ende 2019 hat das Landgericht Gießen die Verurteilung der Fachärztin für Allgemeinme-

dizin Kristina Hänel wegen verbotener Werbung für Abtreibungen zu einer Geldstrafe von 2500 Euro verurteilt.

Neben dem moralischen Druck gibt es aber auch wirtschaftliche Gründe, warum niedergelassene Frauenärzte Schwangerschaftsabbrüche als Leistung nicht anbieten: „Es ist ein hoher finanzieller Aufwand“, sagt Haist. Für die ambulante Operation braucht es geeignete Räumlichkeiten, zudem sind die Vorgaben in Sachen Hygiene, Medizinprodukte und Personal gestiegen.

Markus Haist wünscht sich auch in anderer Hinsicht eine bessere und umfassendere Unterstützung seitens der Landesregierung: „Es braucht eine Verbesserung der Rahmenbedingungen.“ Vorstellbar wäre für ihn beispielsweise ein kommunal geführtes OP-Zentrum, ein geschützter Raum, in dem Frauenärzte abwechselnd solche Eingriffe vornehmen könnten.

Wenn es nach Pro Familia geht, sollten zudem die Krankenhäuser in die Pflicht genommen werden. „Wichtig ist, dass sich bald was ändert“, sagt Marion Janke. „Ansonsten befürchten wir, dass viele Frauen nicht nur in eine seelische, sondern auch in eine medizinische Notlage geraten.“